
LVBS – *aktuell*

6. Jahrgang – November/Dezember 2010

Aus dem Inhalt:

	Seite
○ Hickhack um die Jahressonderzahlung – ein Vorgeschmack auf die Tarifrunde 2011	2
○ Protest gegen die Sparpläne der Staatsregierung	4
○ Lehrerbildung in Deutschland – Föderalismus oder Kleinstaaterei?	8
○ Weihnachtsgedicht	10
○ Information zu Abordnungen	11
○ Sudoku Lösung aus Heft 09/10 2010	12
○ Mitgliederservice	12
○ ÖPR - Stammtisch in Leipzig	13
○ Kongress für Pflege- und Gesundheitspädagogik	15

Herausgeber:

Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen
Strehleener Platz 2 - 01219 Dresden

Streichung der Jahressonderzahlung - erst JA, dann NEIN der Staatsregierung

In einem Beitrag vom 13.09.2010 berichtete die *Freie Presse* Chemnitz von der geplanten Streichung der Jahressonderzahlung, allgemein als Weihnachtsgeld bezeichnet, für die rund 70.000 Angestellten des Landes Sachsen. Sie bezog sich dabei auf Information von Behördensprecher Stephan Gößl.

Bisher sollen ab 2011 nur die etwa 32.000 Beamten davon betroffen sein. Bei ihnen geht es um 23 Millionen Euro, bei den Angestellten um 70 bis 80 Millionen Euro, die jährlich eingespart werden könnten.

Die Höhe der Personalausgaben im Freistaat Sachsen rechtfertigt nach unserer Auffassung die Streichung der Jahressonderzahlung weder für die Beamten noch für die Angestellten. Sachsen bildet mit einem Personalkostenanteil von gerade mal 20,78 % das Schlusslicht im Vergleich der Bundesländer. Man kann auch sagen: Sachsen spart bei den Personalausgaben jetzt schon vorbildlich. Dem „Musterlände“ Baden-Württemberg sind seine Landesbediensteten immerhin knapp 40 % wert (siehe Grafik).

Zwischenzeitlich wurde die o. a. Meldung zwar wieder dementiert, aber *man prüfe solche Szenarien ohne dass bisher eine Entscheidung getroffen worden wäre*, so auf Nachfrage aus dem Finanzministerium.

Die Jahressonderzahlung ist tarifvertraglich vereinbart. Wenn Sachsen im Jahr 2011 eine solche Jahressonderzahlung seinen Angestellten nicht mehr gewähren wollte, müsste der Tarifvertrag bis zum 30.09.2010 einseitig gekündigt werden. Nach allgemein angewandtem Tarifrecht gilt der alte Tarifvertrag bis zum Abschluss eines neuen fort. Die Arbeitgeberseite sieht dies anders. Über das Dienstleistungszentrum des Deutschen Beamtenbundes wird die entsprechende juristische Prüfung vorgenommen.

Finanzminister Georg Unland (CDU) erklärte am Nachmittag des gleichen Tages schriftlich: „Für die Tarifbeschäftigten in Sachsen bestehen laufende Tarifverträge. Der Freistaat wird diese einhalten. Deshalb stellt sich die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt nicht.“ (*Sächsische Zeitung vom 14.09.2010*) Das klingt zunächst beruhigend, aber gemeint ist nur der jetzige Zeitpunkt.

Mit Blick auf die Anfang 2011 beginnende Tarifrunde zur linearen Angleichung der Löhne und Gehälter der Landesbediensteten müssen wir uns wohl sicher darauf einstellen, dass die Verhandlungsführer der Länder nach wie vor in der Jahressonderzahlung Sparpotenzial sehen.

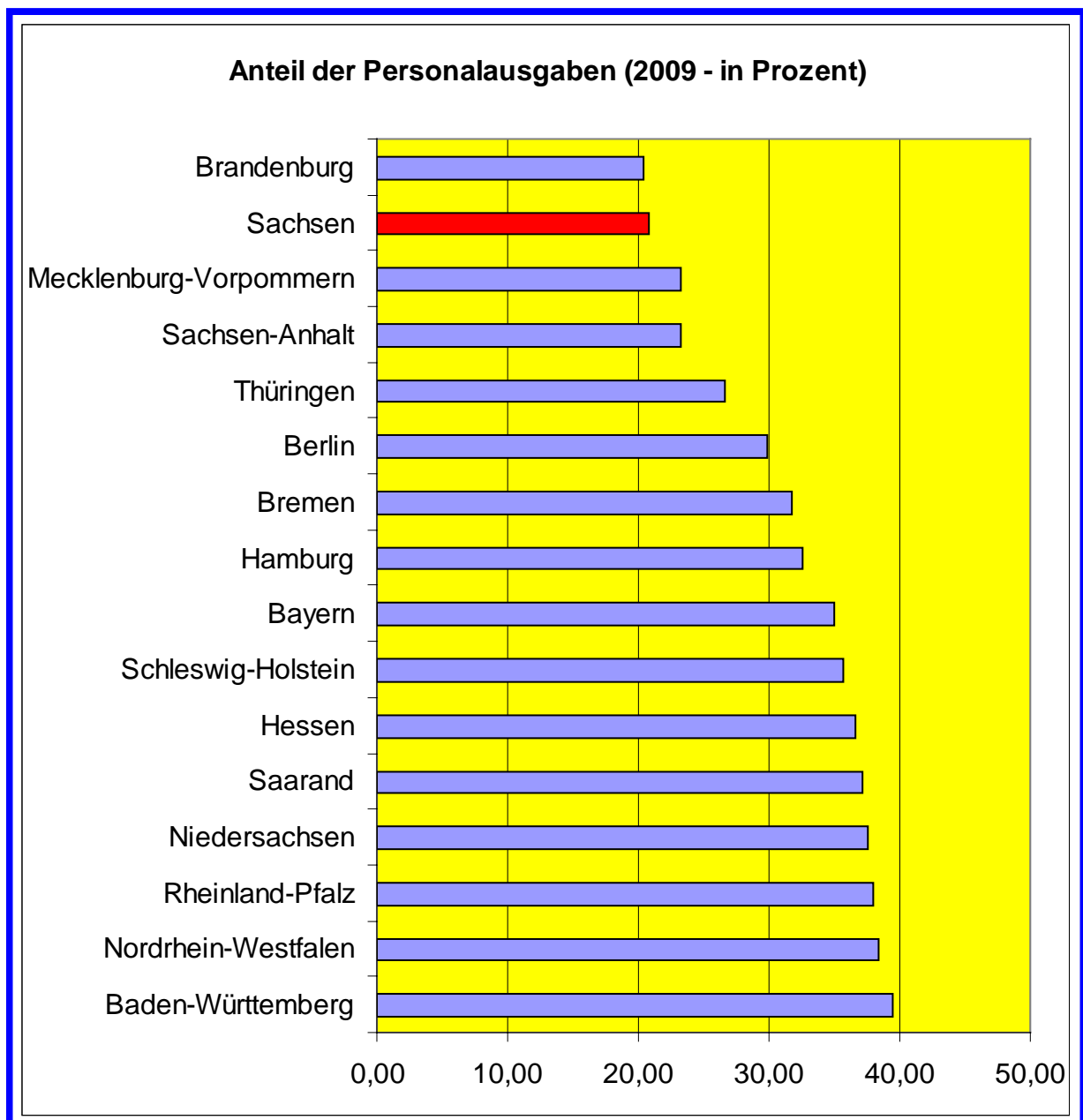
Es wird sicher darauf ankommen, unseren Forderungen zur Tarifgestaltung und Tarifentwicklung mit Protestkundgebungen und Demonstrationen, ggf. mit Warnstreiks, den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Bei den Tarifverhandlungen im Jahr 2009 waren diese Aktionen der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer sehr beeindruckend.

(LV)

Personalausgaben der Länder:

(Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht März 2010 – Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2009)

Baden-Württemberg	39,40	Niedersachsen	37,50
Bayern	35,00	Nordrhein-Westfalen	38,36
Berlin	29,86	Rheinland-Pfalz	38,01
Brandenburg	20,40	Saarland	37,12
Bremen	31,76	Sachsen	20,78
Hamburg	32,61	Sachsen-Anhalt	23,26
Hessen	36,60	Schleswig-Holstein	35,68
Mecklenburg-Vorpommern	23,19	Thüringen	26,60



Schluss mit dem Sparwahn – Gewerkschaften wehren sich!!!

Unter diesem Motto fanden sich am 29. September 2010 Mitglieder des sbb – beamtenbund und tarifunion sachsen, darunter auch Mitglieder des LVBS Sachsen, und des DGB zu einer gemeinsamen Großkundgebung vor dem sächsischen Landtag zusammen. Die Protestwelle gegen die Einsparpläne der sächsischen Staatsregierung im Doppelhaushalt 2011/2012 wurde damit fortgesetzt.

Der Sprecher des sbb, der stellvertretende Landesvorsitzende **Wolfgang Renner** (im Foto unten), machte deutlich, dass die geplante Streichung der Sonderzahlung der Beamten verfassungswidrig ist.



„Mit der geplanten Streichung sollen die Beamten nach Gutsherrenart als populistisches Bauernopfer missbraucht werden, um die unsozialen Sparmaßnahmen der Staatsregierung in anderen Bereichen des Haushaltes zu rechtfertigen. Dass damit viele Beamte von den Sparmaßnahmen insgesamt am Ende doppelt und dreifach betroffen werden (z.B. Kürzung der Zuschüsse für den ÖPNV und die Streichung des kostenlosen letzten Kindergartenjahres), interessiert die Staatsregierung dabei einen feuchten Kehrriech“, äußerte sich der Landesvorsitzende Günter Steinbrecht bereits im Vorfeld der Demonstration. Wolfgang Renner betonte in seiner Rede: „Die Beamten haben durch Besoldungsverzicht ‚Ost‘ und verzögerte Anpassung der Besoldung von insgesamt 43 Monaten in den letzten 20 Jahren schon Solidarbeiträge in Millionenhöhe gezahlt. Die Streichung der Sonderzahlungen der Beamten damit rechtfertigen zu wollen, diese hätten ja einen sicheren Arbeitsplatz, ist besonders einfallslos und unbegründet. Auch Sklaven hatten einen sicheren Arbeitsplatz.“



„In Thüringen wurde das Weihnachtsgeld für Beamte nicht abgeschafft. Es wurde ähnlich wie in anderen Ländern und beim Bund in die monatlichen Grundtabellen eingearbeitet und nimmt somit entgegen der sächsischen Festbetragsregelung auch an möglichen Besoldungserhöhungen teil.



Angesichts der Demonstration gegen den Sparkurs der Regierung hat CDU-Fraktionsvorsitzender Steffen Flath die solide Finanzpolitik verteidigt. „Im Einzelfall ist die Kritik an den Einschnitten verständlich, denn Kürzungen schmerzen immer. Doch eine Regierung trägt auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In einer Situation, wo ein Rückgang der Einnahmen unabweisbar ist müssen ebenso die Ausgaben eines Landes zurückgefahren werden. Nur Dank dieser soliden Finanzpolitik verfügt Sachsen über Möglichkeiten, die andere Länder nicht mehr haben. Wenn wir in den letzten Jahren soviel Schulden gemacht hätten wie der Durchschnitt der neuen Bundesländer, müssten wir 958 Millionen Euro Zinsen für Kredite zahlen und hätten damit weniger für Bildung, Kultur, Hochschulen und Infrastruktur“ erklärte Flath. Als absurd bezeichnete Flath die Behauptung des DGB, dass aufgrund des Sparkurses 35.000 Arbeitsplätze in Gefahr seien. Das Gegenteil sei der Fall. „Nur ein vorsichtiger Kaufmann schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern sichert sie auch langfristig“, sagte Flath.

Aber was nützen alle Sparpläne, wenn man für die ehemalige Landesbank Bürgschaften in Milliardenhöhe eingegangen ist und diese, so wie es aussieht, auch mit Bestimmtheit fällig werden? Wer fragt hier eigentlich nach den Verantwortlichen?“ betont ein Mitglied der Deutschen Steuergewerkschaft (DStG) in einem Leserbrief an die „Freie Presse“ Chemnitz vom 22.09.2010 und nimmt damit zu den jüngst von Finanzminister Unland veröffentlichten Argumenten Stellung. (nach einer sbb-Pressemitteilung)



<p>Impressum:</p> <p>LVBS Sachsen e.V.</p>	<p>LVBS– Geschäftsstelle in Sachsen Strehleener Platz 2 01219 Dresden ☎/Fax: 0351/473 52 88 (BSZ Elektrotechnik)</p>	<p>E-Mail-Adresse des Verbandes:</p> <p>Kontakt@lvbs-sachsen.de www.lvbs-sachsen.de</p>	<p>Schriftleitung des LVBS-Sachsen:</p> <p>am.koehler@freenet.de</p> <p>Schriftleitung des Mitteilungsblattes: D. Böttcher</p>
--	--	---	---

Beachten Sie bitte folgende Termine bei der Zusendung von Artikeln für das LVBS–Mitteilungsblatt:			
	01-02/2011	03-04/2011	05-06/2011
Redaktionsschluss:	03.12.2010	21.01.2011	31.03.2011

Von unseren Mitgliedern erreichte uns zu den Sparplänen der Staatsregierung die folgende Meinung:

Die Sachsen LB – jetzt Sachsen Bank ging aus einer Förderbank hervor. Die Bank hatte als Kommunal- und Staatsbank die Aufgabe zum Beispiel Kredite und Bürgschaften für Wirtschaftsprojekte zu vergeben. Das funktionierte sehr gut. Die Sachsen LB war eine öffentlich-rechtliche Geschäftsbank und betrieb Bankgeschäfte aller Art. Die Risiken bewegten sich auf normalem Niveau.

2005 wurde sie (vermutlich wegen höherer Gewinnaussichten) in eine Investmentbank umgestaltet. Träger der Bank ist der Freistaat Sachsen (auch schon damals CDU - regiert) und die Sachsen Finanzgruppe. Der Freistaat Sachsen leistete Gewährträgerhaftung. Das bedeutet vereinfacht, dass der Freistaat sämtliche Forderungen erfüllen muss, die die Bank selbst bei einer Pleite nicht leisten kann.

Nur zwei Jahre später, im August 2007, musste ihr die Sparkassen-Organisationen eine Kreditlinie von 17,3 Mrd. € zur Verfügung stellen, um eine sofortige Insolvenz zu vermeiden.

In der Folge traten einige Verantwortliche zurück, wie z. B. der für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstand Stefan Leusder, wenige Tage später der Vorstandsvorsitzende Herbert Süß, dann der sächsische Finanzminister Horst Metz und schließlich im April 2008 der Ministerpräsident Georg Milbradt.

Mitte Dezember 2007 konnte der gelungene Notverkauf der Sachsen LB an die Landesbank Baden-Württemberg angesichts der drohenden gigantischen Gewährleistungssummen fast als Befreiungsschlag verstanden werden – wäre da nicht ein kleines Detail. Der Vertrag beinhaltet eine Bürgschaft des Freistaates Sachsen in Höhe von 2,75 Mrd. €.

Diese **2.750.000.000 €** sind nun nach Informationen des mdr vermutlich bald fällig. Bei einem Gesamthaushaltsetat des Freistaates Sachsen von geplanten 15,2 Mrd. € und derzeit etwa 12 Mrd. € Verschuldung eine gewaltige Summe!

Finanzminister Unland jedenfalls möchte sich eine Kreditaufnahme über 1,8 Mrd. € genehmigen lassen, was mit der bereits genehmigten Summe in Höhe von 960 Mio € ziemlich genau der Bürgschaftssumme entspricht.

Da unsere Regierung nach wie vor das (eigentlich löbliche) Ziel verfolgt, die Neuverschuldung auf Null zu reduzieren, muss gespart werden.

Aber irgendwie kaum nachvollziehbar ist:

Keine Neuverschuldung, wenn es um Löhne, Bildung, Erziehung, Investitionen geht, aber

2.750.000.000 € Kreditaufnahme für Fehler unserer Staatsregierung?

Oliver Bergner

- KOMPETENZ -

- SERVICE -

- QUALITÄT -



Lehrerausbildung - Blitzlichter

Umstellung von Lehramtsstudiengängen auf Bachelore/Master (BA/M)

Es liegt eine **Verfassungsklage** vor gegen das **Akkreditierungsverfahren der Universitäten** zur BA/M-Ausbildung vor. Die Universitäten sehen hier einen unzulässigen Eingriff in die Freiheit der Lehre. Eine Kernfrage lautet: Darf die Uni Bachelore und Master ausbilden, auch wenn eine Akkreditierung nicht erfolgte (oder nicht bestanden wurde)? Außerdem: Akkreditierte Module unterliegen einer Statik, die ein schnelles Reagieren auf Veränderungen in der Lehrerausbildung nicht ermöglicht.

Gerüchte besagen, dass Akkreditierungsunternehmen zum Teil GmbH's mit zweifelhaft qualifiziertem Personal (z. B. Studienabbrecher) sind. Da die Akkreditierungsfirma von der jeweiligen Uni bestellt und bezahlt wird, ist der Ausgang des Verfahrens bei genügend selbstbewusstem Auftreten der Universitätsverantwortlichen jedoch eigentlich klar. Der Sinn einer Akkreditierung ist damit fraglich.

Lehramtsausbildung in Deutschland

Derzeitige Regelungen der Quotierung des Zuganges zur Masterausbildung **verstoßen** wahrscheinlich **gegen EU-Recht**. Das Einklagen ist vermutlich in jedem Fall erfolgreich.

Die angestrebte **erhöhte Mobilität** (z.B. Auslandssemester) der Studenten wird durch eine übervolle und stark reglementierte Studienzeit **behindert**. Gemeint ist hier insbesondere die geforderte Anwesenheitspflicht bei den meisten Vorlesungen oder die Nichtanerkennung der Studiensemester an anderen Hochschulen im Lehramtsstudium BA/M.

Interessantes aus den Bundesländern

In einigen Bundesländern soll das „Eignungspraktikum“ auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden, vermutlich um die geplante oder bereits vollzogene Verkürzung der Seminarzeit zu rechtfertigen. Aber wie sieht es mit der Vergütung an den Praktikumschulen aus? Die betreuenden Lehrkräfte müssen mit Anrechnungsstunden bedacht werden, die nicht aus dem Bestand der Schule geschöpft werden.

Ebenfalls in einigen Bundesländern wurde im Zuge der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes (Seminar) **die 2. Staatsarbeit abgeschafft**. Andere Bundesländer halten dies aus rechtlichen Gründen (Abgrenzung zum gehobenen Dienst) für bedenklich und erhalten eine (verkürzte) Form.

Rheinland-Pfalz: Die zuständige Stelle in RP hat Lehramtsstudenten mit dem Studiengang Master of Science nicht für das immanente Praktikum an einer öffentlichen Schule zugelassen.

Hintergrund: die Universität weigert sich Lehramtsstudenten über den Weg Master of Education auszubilden. Sie möchte damit den Studenten Wege offen halten, falls diese nach einigen Semestern feststellen, dass die Entscheidung zum Lehramtsstudium falsch war. Der Bachelore und Master of Science ist polyvalent einsetzbar. Der Master of

Education ist ausschließlich für pädagogische Berufe brauchbar. Der Bachelore of Education ist derzeit vermutlich völlig nutzlos, da es keine Berufe gibt, die diesen Abschluss fordern.

Baden-Württemberg: Studenten mit dem erfolgreichen Bachelore-Abschluss aller Hochschulen (BA, TH, Uni) können sich zur Masterausbildung an der Uni anmelden. Es wird derzeit beraten, wie an den Universitäten damit umgegangen werden soll.

Die Universität Karlsruhe um Prof. Lipsmeier bietet den **Abschluss zum Dipl. Ing. Päd.** an. Da war doch mal was...?

Hessen: Eine Vielzahl von Studenten beginnen ein Lehramtsstudium und widmen sich nach wenigen Semestern einer anderen Studienrichtung. Vermutlich sehen diese Studenten nach einigen „verpatzten“ Modulen geringe Chancen auf das Erreichen der notwendigen Punktzahl (credit-points) die zur Aufnahme des quotierten Masterstudienganges notwendig ist. Einige Universitäten haben diese Beschränkungen für Lehramtsstudenten jedoch aufgehoben (z. B. Uni Kiel).

Oliver Bergner
Leiter des Ausschusses

Liebe Mitglieder des LVBS - Landesverbandes
Sachsen e. V.,

im Namen des Landesvor-
standes wünsche ich Ihnen
und Ihren Familien eine
besinnliche Adventszeit,

ein frohes Weihnachtsfest sowie ein glückliches,
friedvolles neues Jahr 2011 bei guter
Gesundheit.



Reinhard Plicka
Landesvorsitzender

Der Besuch des Weihnachtsmanns

Der Weihnachtsmann hat zugesagt:
Er will uns heut besuchen
Wir bieten ihm ein Schnäpschen an
Vielleicht auch etwas Kuchen
Auf alle Fälle wollen wir
Mit ihm uns unterhalten
Am besten reden wir dabei
Vom Job des lieben Alten



Die Themen werden ihn bestimmt
Aus der Reserve locken
So bleibt der Alte sicherlich
Ein ganzes Weilchen hocken
Und während zwei von uns ihm dann
Ganz voller Unschuld lauschen
Geht heimlich einer schnell hinaus
Adressen umzutauschen

Ja, und so weiter und so fort
Viel mehr muss ich nicht sagen
Die Kinder, denen´s an nichts fehlt
Sie können das ertragen
Und wie viel mehr bedeutet es
All denen, die jetzt kriegen
Wovon sie höchstens mal geträumt
So wie man träumt zu fliegen



Ob er Beamtenstatus hat
Bezahlte Überstunden
Ob er als Nachfolger für sich
Azubis schon gefunden
Ob seine Schlitteneiche stets
Gesundes Futter haben
Ob er auch gut versichert ist
Mit all den Weihnachtsgaben

Dann kriegt das stark verwöhnte Kind
Der Eltern mit viel Kohle
Nur einen Lolli als Geschenk
Und nicht die Spielkonsole
Und auch die Markenjeans gehen nicht
Ans kleine Gör- wie schade
Statt dessen kriegt es nun zum Trost
´ne Tafel Schokolade

Stellt euch bloß vor, wie schön das
wär
Wie glücklich viele wären
Adressentausch, viel öfter mal
Und nicht nur beim Bescheren!

Horst Winkler

Information zu Abordnungen

Im laufenden Schuljahr 2010/2011 ist eine erhöhte Anzahl an Versetzungen und Abordnungen zu registrieren. So sind zum Beispiel im Bereich der Sächsischen Bildungsagentur Regionalstelle Dresden über 20 Versetzungen und ca. 130 Abordnungen bei ca. 1250 Beschäftigten zu verzeichnen. Dies wird vor allem mit der sinkenden Schülerzahl in den Landkreisen begründet.

Abgesehen davon, welcher organisatorische Aufwand sich für die Schulen daraus ergibt, empfehlen wir den betroffenen Kolleginnen und Kollegen Folgendes zu beachten:

Aktivitäten bei Versetzung oder Abordnung auf Wunsch des Arbeitgebers

(Auszug aus dem Informationsblatt des Lehrer-Bezirkspersonalrat (LBPR) und der Bezirksschwerbehindertenvertretung (BSBV) der Lehrkräfte in der Regionalstelle Dresden vom 24. April 2010)

Versetzung

- Schulleiter/in muss zunächst ein Personalgespräch (§ 4 Abs. 1 TV-L) führen und Auswahlentscheidung begründen
- Personalrat der Schule muss angehört werden
- Wenn Sie nicht einverstanden sind, kein Formular ausfüllen/unterschreiben
- Schulleiter/in schriftlich vom Nichteinverständnis informieren und in diesem Schreiben die Beteiligung des LBPR/der BSBV fordern
- Kopien fertigen (auch für die eigenen Unterlagen!) und an den LBPR/die BSBV senden

Abordnung

- Schulleiter/in muss zunächst ein Personalgespräch führen (§ 4 Abs. 1 TV-L) und Auswahlentscheidung begründen
- Personalrat der Schule muss angehört werden
- Sind Sie im laufenden Schuljahr bereits abgeordnet und mit einer erneuten Abordnung nicht einverstanden, bitte Nichteinverständnis schriftlich erklären und die Beteiligung des LBPR/der BSBV fordern (Kopien fertigen ...)
- Sind Sie im laufenden Schuljahr nicht abgeordnet, kann Sie der Arbeitgeber gegen Ihren Willen für ein Schuljahr (§ 67 Abs. 7 SächsPersVG) abordnen (bei ungünstigen Sozialdaten Hilfe bei LBPR/BSBV erbitten)
- Füllen Sie in diesem Fall keinen eigenen Abordnungsantrag aus. Sie erhalten durch den Arbeitgeber eine Abordnungsverfügung

Mögliche Konsequenzen bei einer Abordnung

(Auszug aus der VwV-SMK-Unterrichtsverpflichtung [4.3.4] vom 1. April 2004 mit Wirkung vom 1. August 2004)

Lehrkräfte, die teilweise an eine andere Schule abgeordnet sind, erhalten, wenn sich dadurch der Zeitaufwand, der üblicherweise zum Erreichen der Stammschule erforderlich ist, um mehr als fünf Zeitstunden im Monat erhöht, eine Anrechnungsstunde im Monat. Bei einem zusätzlichen Zeitaufwand von je zwei weiteren vollen Zeitstunden wird jeweils eine weitere Anrechnungsstunde im Monat gewährt. Lehrkräfte, die vollständig abgeordnet sind, erhalten keine Anrechnungsstunden. Lehrkräfte, die an eine Behörde oder eine sonstige Einrichtung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus abgeordnet sind, können Anrechnungsstunden im gleichen Umfang erhalten.

Anmerkung:

Der Zeitaufwand bezieht sich grundsätzlich auf eine einfache Wegstrecke. Ist zum Beispiel eine Lehrkraft, wohnend in Pirna, am BSZ für Technik Pirna (Schule A) beschäftigt und an das BSZ für Gesundheit und Sozialwesen Dresden (Schule B) abgeordnet, so gilt für die Fahrt von Schule A nach Schule B ein Mehraufwand.

(LV)

3	8	4	9	1	0	6	2	7	f	5	d	e	b	a	c
2	e	b	1	8	a	7	c	9	4	6	3	5	f	0	d
f	c	5	d	4	e	3	9	b	0	a	2	7	1	6	8
7	6	a	0	d	5	f	b	e	1	8	c	9	3	2	4
6	a	e	8	7	1	d	f	4	2	3	b	0	2	5	9
c	7	3	5	e	9	0	8	6	d	1	a	4	2	f	b
d	9	f	b	c	2	a	4	0	5	e	8	3	6	1	7
1	2	0	4	b	3	5	6	f	c	7	9	a	8	d	e
0	b	9	a	5	c	8	3	2	e	f	7	6	d	4	1
e	5	1	f	6	b	2	0	d	3	c	4	8	9	7	a
8	3	7	2	a	f	4	d	1	9	0	6	c	e	b	5
4	d	6	c	9	7	1	e	8	a	b	5	2	0	3	f
b	0	2	e	3	8	9	a	5	7	d	1	f	4	c	6
9	f	8	7	2	d	c	1	a	6	4	0	b	5	e	3
5	1	c	6	f	4	b	7	3	8	2	e	d	a	9	0
a	4	d	3	0	6	e	5	c	b	9	f	1	7	8	2

Sudoku Lösung aus Heft 09/10 2010

Mitgliederservice

Rechtsberatung für LVBS-Mitglieder

Das dbb – Dienstleistungszentrum Ost bietet für die Mitglieder unseres Landesverbandes auch im Jahr 2010 wieder eine kostenlose juristische Beratung in Arbeitsrechtsangelegenheiten an.

Diese Beratung findet jeweils von **10:00 bis 18:00** Uhr an folgenden Tagen beim

beamtenbund und tarifunion sachsen (Landesgeschäftsstelle)
Theresienstraße 15
01097 Dresden

statt:

03.11.2010 01.12.2010

Beratung in Renten-, Versorgungs- und Beihilfe- fragen:

Zu nachfolgend aufgeführten Terminen findet in der Landesgeschäftsstelle des

beamtenbund und tarifunion sachsen
Theresienstraße 15
01097 Dresden

jeweils von **8:00 bis 17:00** Uhr die Beratung zu Renten-, Versorgungs- und Beihilfefragen
statt:

25.11.2010 23.12.2010

Zur Vermeidung längerer Wartezeiten empfehlen wir unter **0351/4 71 68 24** eine vorherige
Terminvereinbarung.

Stammtisch der Berufsschullehrer der RS Leipzig

Kleine Nachlese

Am 23. September war es wieder soweit. Kollegen aus den Leipziger Berufsschulen trafen
sich zum Stammtisch, wie immer im Cafe „Kowalski“.



Es gab einen Überblick über die aktuelle Situation und Probleme.

Im Schuljahr 2010/11 werden ca. 23 300 SchülerInnen von 1108 LehrerInnen unterrichtet.
Bis zum Jahr 2014 werden die Schülerzahlen nochmals bis auf ca. 20 000 zurückgehen.
Erstmals wird in diesem Schuljahr ein Ergänzungsbereich für die BSZ ausgereicht,

allerdings punktuell und nicht flächendeckend. Im Personalbereich konnten drei unbefristete Einstellungen realisiert werden, neben ca. 20 befristeten Einstellungen, die wieder aus extra in den Haushalt eingestellten Mitteln erfolgten, um die fachgerechte Ausbildung abzusichern. Zur Realisierung des Unterrichts werden jetzt auch mehr und mehr Abordnungen von Kollegen benötigt.



Unter anderem erfuhren wir, dass aus Leipzig das BSZ 7 zu den Kompetenzzentren gehört, die zunächst eine Erprobungsphase durchlaufen. Kollegen dieser Schule führen schon Fortbildungen und Lehrgänge durch. Allerdings steht die Schule da in Konkurrenz zu IHK und HWK. Man sollte sich mit beiden Institutionen abstimmen.

Der Aktionstag am 29. September wurde vorgestellt. Die Berufsschullehrer wollen dort vertreten sein, um zu zeigen, dass sie solche Art Sparmaßnahmen nicht hinnehmen werden. Wir werden die geltenden Tarifverträge verteidigen. Auch an den Verhandlungen zur vertraglichen Regelung der Eingruppierung halten wir fest.

Die Schulen in privater Trägerschaft bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Als besonders ungerecht empfinden die Kollegen die Tatsache, dass an staatlichen Schulen die Bildung einer Klasse vom Erreichen einer Mindestschülerzahl abhängt, dies den unmittelbar konkurrierenden privaten Schulen aber nicht so vorgegeben ist. Damit haben sie einen nicht gerechtfertigten Vorteil.

Den Abschluss bildete eine Einstimmung auf die Personalratswahlen, die voraussichtlich im Mai 2011 stattfinden. Es werden Kandidaten für die gemeinsame Liste gesucht. Jedes BSZ soll eine Kollegin bzw. einen Kollegen gewinnen, der der gemeinsamen Liste ein „Gesicht“ gibt. Sein bzw. ihr Foto soll auf dem Wahlplakat sein, welches in der jeweiligen Schule ausgehängt wird.

Der nächste Stammtisch wird am 27. Januar 2011, 17:30 Uhr, wieder im Cafe „Kowalski“ stattfinden mit einem Schwerpunkt Personalratswahlen.

Christine Schmerwitz
(RS-Verantw. Leipzig im SLV)

Uwe Kirchsclager
(Verantw. der Region Leipzig im LVBS)

10. Internationaler wissenschaftlicher Kongress für Pflege- und Gesundheitspädagogik vom 9. bis 11. September 2010

Die Wasserflaschen-Strategie in der Didaktik – und was hat das mit Mozart zu tun?

„Didaktik und Bildungsverständnis“ – unter diesem Thema stand der 10. Lernweltenkongress.



Der Grundgedanke der Wasserflaschen-Strategie zog sich dabei wie ein roter Faden durch alle 3 Kongresstage in Salzburg. Frau Margit Hertlein war mit ihrem Vortrag (oder eher Performance) zur Wasserflaschen-Strategie das Highlight zum Prozessauftakt. Auf dem „Weg zum Gipfel“ von Lernenden in der Bildung, gibt es nach Hertlein 3 Stationen:

Tagungsort Fachhochschule Salzburg

Das Neugierbasislager, die Durststrecken und das Ziel: das Gipfelkreuz. Schon im Neugierbasislager entscheidet sich, wie der Schwung der Neugierde aufgenommen werden kann, um die unweigerlich kommende Durststrecke besser zu meistern und zum Ziel zu kommen. Die Durststrecke, die selbst bei den Motiviertesten mal kommt (So viel Arbeit! Muss das denn sein?) ist das eigentliche Problem und kann bzw. muss überwunden werden. Aber wer völlig ausgetrocknet am Gipfelkreuz ankommt, kann seinen Erfolg gar nicht richtig genießen! Also sollten auf der Strecke Wasserflaschen stehen, die eine Umkehr oder Abkehr vom Ziel verhindern und die Freude am Erfolg (Gipfelkreuz erreicht; neues Ziel in Sicht) ermöglichen. Einige Wasserflaschen hatte sie gleich mitgebracht. Die hatte sie mit Humor, Alltagweisheiten und Selbstironie gefüllt. Für erfahrene Lehrende hat Frau Hertlein nicht wirklich neue Botschaften verkündet, aber sie hat in geistreich-witziger Weise dazu motiviert, neu darüber nachzudenken, wie wir mit der Motivation Lernender und unserer eigenen Motivation umgehen.

Für die Kongressteilnehmer standen in den Folgetagen viele Wasserflaschen bereit.

So war das Neueste über Bildungskonzepte auf den Ebenen Berufsfachschule, Hochschule bzw. die duale Verknüpfung von beiden zu erfahren. Die Vielzahl der meist wissenschaftlich begleiteten Konzepte und Curricula sind für die Bildungslandschaft bereichernd, müssen aber diskutiert, strukturiert und weiterentwickelt werden. Viel Energie scheint hier in die Breite zu fließen, die Tiefe darf dabei aber nicht aus dem Blick geraten!

Hochschulausbildung in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen erschien im Kongress als ein dominierendes Thema. Interessant wäre in diesem Zusammenhang, eine Diskussion über die Anforderungen an die Lehrerqualifikation anzuknüpfen. In einigen Bundesländern scheint die Entwicklung der Pflege- und Gesundheitsfachberufe hin zur Hochschulausbildung stärker vorangetrieben zu werden als die Ausbildung der Lehrenden in diesen Bereichen.

Für die Lehrenden der unterschiedlichsten Qualifikationsstufen hielt der Kongress in seinen Workshops wieder viele Anregungen bereit: Themen aus den Bereichen des evidence-basierten Lehrens und Lernens, der Handlungsorientierung im Unterricht und der Bedeutung des Erfahrungsbezugs bereicherten das Kongressangebot und machten die Wahl schwer.

Die Angst, etwas Wichtiges aus dem breiten Angebot verpasst zu haben, verblasste schnell durch die Eindrücke des Erlebten. Es waren genug gut gefüllte Wasserflaschen für alle da!



Ach ja – was hat das nun mit Mozart zu tun? Eigentlich nichts, obwohl er vom Wasserflaschenprinzip gewusst haben muss, wenn man sein Lebenswerk betrachtet und den Geschichten über ihn glauben darf. Während der Kongresstage haben wir – praktisch als kulturelle Zugabe – einiges über ihn und seine Geburtsstadt erfahren: Schließlich fand der Kongress in Salzburg statt!

Heike Wagner



Tagungsteilnehmer mit Mozartkugeln beim Stadtrundgang